

„Das budgetäre Klima ist grau und kalt“

Budgetäre Effizienz und politische Machbarkeit als Kriterien für Strukturreformen

VON MARC SCHLAMMES

Luxemburg kommt an Strukturreformen nicht vorbei. Bedenklich sei, dass von Regierungsseite weder ein Zeitplan vorliege noch eine Strategie erkennbar sei. Deutliche Worte findet die Handelskammer in ihrem Gutachten zum Staatshaushalt für 2006. Einziger Hoffnungsschimmer am Horizont sei die Tatsache, dass das Bewusstsein für den Ernst der Lage gegeben sei. Ansonsten aber sei das budgetäre Klima grau und kalt, zog Michel Wurth Parallelen zur tristen November-Atmosphäre.

Bedenklich ist für den Vorsitzenden der Chambre de commerce das stetig wachsende Defizit der öffentlichen Ausgaben, die 2006 ein Finanzloch von 1,2 Milliarden Euro reißen. Womit sich der Trend der Vergangenheit, den die Berufskammer stets beanstandet hat, fortsetzt. Das Ungleichgewicht wird auf EU-Ebene bestätigt: Luxemburg rangiert an letzter Stelle.

Insgesamt könne mit Blick auf die Haushaltsvorlage für 2006,

die Ausgaben über 7,6 Milliarden Euro bei Einnahmen von 7,3 Milliarden Euro vorsieht, keine Entwarnung gegeben werden. „Der Schereneffekt bereitet uns Sorgen“, weist Carlo Thelen, Chef-Wirtschaftler bei der Chambre de commerce, auf die Tatsache hin, dass sich Ausgaben und Einnahmen unaufhaltsam auseinander bewegen (plus 8,85 bzw. plus 6,17 Prozent im Vergleich zum Vorjahr). Und auf dem finanziellen Polster, das die Reserven bilden, könne sich das Land auch nicht ausruhen. „Die werden auf Grund der für die Konjunktur wichtigen Investitionspolitik dahinschmelzen wie der Schnee in der Sonne“, so Wurth.

Sorgen bereiten der Handelskammer auch die wirtschaftlichen Eck-



Chambre de commerce: In Luxemburg sind Strukturreformen notwendig. (Foto: A. Antony)

werte: Die steigende Erwerbslosigkeit – trotz Schaffung neuer Stellen –, die hohe Inflationsrate und die schwächelnde Produktivität sollten nach Meinung der Chambre de commerce zum Handeln veranlassen. „Gerade ohne elektoralen Druck sollte der Mut für Reformen aufgebracht werden“, sieht Thelen die Regierung in der Pflicht.

Wie diese Anpassungen aussehen könnten, beschreibt die Berufskammer in ihrem 150 Seiten umfassenden Gutachten und nimmt die budgetäre Wirksamkeit sowie die politische Machbarkeit zum Maßstab. In Grenzen halte sich dabei die budgetäre Effizienz einer Erhöhung der Autosteuer, der Tarife des öffentlichen Transportes, bei der Ausstellung von Reisepässen oder bei den Kinderkrippenplätzen – obwohl für diese Schritte

der politische Wille erkennbar sei.

Dieser Wille ist für die Berufskammer kaum vorhanden bei unpopulären Initiativen – wohlwissend, dass der Einfluss auf das Staatsbudget heilsam sei. Dazu gehören u. a. die Abschaffung der Erziehungspauschale, die Reform der Pflegeversicherung, die Reduzierung des Elternurlaubs auf die EU-Vorgaben, die Ausklammerung öffentlicher Ausgaben vom Index sowie dessen Begrenzung auf anderthalb Mal den Mindestlohn.

Bleibt der Mittelweg, wo die Förderung öffentlich-privater Partnerschaften bei Investitionen, die Steigerung der Mittel für die Forschung, die Senkung der staatlichen Beteiligung an Gemeindebauten, die Koppelung der Kioto-Verpflichtungen an die Entwicklungshilfe, eine administrative Reform, die Reorientierung der Wohnungsbeihilfen hin zur Angebotsseite sowie die Förderung von Privat- und Zusatzleistungen vorgeschlagen wird.